

# **Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 23.11.1998**

---

Sitzungsort:  
im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:  
17.00 Uhr - 18.40 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt  
Beigeordneter Hans-Dieter Haase  
Ratsherr Ihno Slieter  
Ratsherr Johann Südhoff  
Ratsherr Karl-Gerhard Pauels  
Beigeordneter Wilhelm Leeker

### **CDU**

Beigeordneter Heinz Werner Janßen  
Ratsherr Werner Vollprecht

f. Ratsherrn Benedikt Rosenboom

## **BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN**

Ratsherr Hermann Züchner - Stellvertr. Vorsitzender -

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **F.D.P.** (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

## **von der Verwaltung**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann  
Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Stadtrat Ewald Fürst  
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt  
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt  
Stadtangestellter Friedhard Cramer als Protokollführer

## **Als Gäste**

Herr Weermann, Sparkasse Emden  
Herr Ellen, Schlachthof Emden GmbH  
Herr Lindner, AAGE  
Herr Rodiek, RKSH

## **2 Zuhörer**

## **2 Vertreter der örtlichen Presse**

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Herr Züchner eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungs- (Nr. 9) und Krankenhausausschusses (Nr. 10) am 13.10.1998 und die Fortsetzung der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.10.1998

Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungs- (Nr. 9) und Krankenhausausschusses (Nr. 10) am 13.10.1998 und die Fortsetzung der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.10.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/704  
Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1997

Der Verwaltungsratsvorsitzende **Oberbürgermeister Brinkmann** verweist zunächst auf die Schweigepflicht im Rahmen der Gesetze, dennoch möchte der Verwaltungsrat seiner Berichtspflicht gegenüber dem Rat unbedingt nachkommen.

Die Vorstandsvertreter Herr Weermann und Herr Jahnke haben im letzten Jahr die Herausforderungen angenommen und bisher enormes geleistet. Die Mitarbeiter sind sehr engagiert.

Die Konsolidierungsmaßnahmen müssen selbstverständlich weitergeführt werden.

Trotz der schlechten Nachrichten des Vorjahres sind die Kreditanfragen nach den Ferien 1998 erheblich angestiegen.

Der Verwaltungsrat tagt regelmäßig mit übereinstimmenden Ergebnissen.

Die Bezirksregierung Weser-Ems hat gegen die Durchführung des Entlastungsverfahrens keine Bedenken erhoben.

Latente Risiken sind aber weiterhin vorhanden.

**Herr Weermann** erläutert anschließend den Geschäftsbericht der Sparkasse und weist im Verlauf seiner Erläuterungen auf die vermehrten Personaleinstellungen im Kreditbereich hin.

**Herr Leeker** möchte im Hinblick auf den Zuwachs von nur 1,7 % wissen, warum das Bemühen um Kundeneinlagen zunehmend schwieriger wird.

Das Geschäft in diesem Bereich ist härter geworden. Der Zugriff auf den Nachrichtenmarkt macht die Kunden beweglicher. Auch hat sich nach Auskunft von **Herrn Weermann** das Anlageverhalten verändert. Es wird mehr in die eigene Vorsorge investiert. Vorsorgepapiere der Sparkasse werden auch angenommen, es muß aber abgewartet werden, ob es ausreicht, um die Anlagen zu halten.

**Herr Janssen** weist darauf hin, daß die Ratsmitglieder in der Vergangenheit Kenntnis über die Risiken im Kreditgeschäft der Sparkasse erhalten haben und fragt, ob in 1997 Kredite notleidend geworden sind.

**Herr Weermann** verweist auf die Gewinn- und Verlustrechnung und gibt an, daß für solche Fälle Rückstellungen gebildet wurden.

**Herr Dr. Beisser** hält Wertberichtigungen von 9,2 Mio DM für sehr hoch und möchte wissen, ob es Zahlen anderer vergleichbarer Sparkassen gibt und warum das Guthaben bei der Deutschen Bundesbank um 8 Mio DM gesunken ist.

Vergleichszahlen anderer Sparkassen liegen nach Aussage von **Herrn Weermann** nicht vor. Bei den Guthaben handelt es sich um Tagesdispositionen, die nur schwer steuerbar sind.

Für **Herrn Dr. Beisser** ist eine Änderung des Sparkassengesetzes hinsichtlich des Entlastungsverfahrens unabdingbar, andernfalls dürften die Gewährleistungen nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

**Herr Haase** fragt nach den Zugängen bei den Beteiligungen.

**Herr Weermann** verweist auf die Seite 11 des Geschäftsberichtes.

**Herr Leeker** möchte wissen, ob der Verwaltungsrat dem Sparkassenvorstand für das Jahr 1997 Entlastung erteilt hat und ob mit der Entlastung eine Bonuszahlung verbunden ist.

Vom Ansatz her ist nach Auskunft aus dem Verwaltungsrat eine Bonuszahlung fällig. Bei der Auszahlung werde man sich aber an die Empfehlungen der Bezirksregierung halten.

**Herr Pauels** erkundigt sich nach dem Handel mit Edelmetallen.

**Herr Weermann** führt aus, daß solche Produkte regional erworben werden. In Emden ist eine Nachfrage nach Edelmetallen nicht zu verzeichnen.

**Herr Jahnke** regt an, die Form der Fragestellung zur Vorbereitung der Entlastungserteilung zu überprüfen, weil sie in dieser Weise für alle unbefriedigend ist.

Nach Auskunft aus dem Verwaltungsrat wird sich die Auskunftserteilung in der vertraulichen Sitzung des Verwaltungsausschusses aufgrund des Sparkassengesetzes auch nicht ändern. Der Gewährleistungsträger beschließt aufgrund der vorliegenden Unterlagen und anhand der Empfehlungen der Bezirksregierung.

**Herr Züchner** gibt den Vorsitz an **Herrn Dr. Kleinschmidt** ab. Er äußert seine Enttäuschung über die Arbeit des Verwaltungsrates der Sparkasse und kündigt an, daß er gegen die Entlastung stimmen werde.

**Herr Züchner** übernimmt wieder den Vorsitz.

**Herr Dr. Beisser** kritisiert die Informationspolitik im Ausschuß. Die Auskunftserteilung ist sehr defensiv. Seine Partei übe Kritik am Umgang mit der Entlastungserteilung, weil in der Vergangenheit bei der Kreditvergabe gegen die guten Sitten verstoßen wurde. Seine Fraktion werde einer Entlastungserteilung nicht zustimmen.

**Herr Janssen** kündigt an, daß er im Verwaltungsausschuß noch einige Zusatzfragen stellen möchte. Er werde sich bei der heutigen Abstimmung der Stimme enthalten. Sein Abstim-

mungsverhalten im Verwaltungsausschuß und im Rat richte sich nach den Antworten auf seine Fragen.

Beschluß: Gemäß § 26 NSpG wird beschlossen, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dafür: 6  
Dagegen: 1  
Enthalt.: 1

Oberbürgermeister Brinkmann und Herr Vollprecht haben weder an der Beratung noch an der Beschlußfassung mitgewirkt.

Punkt 5: Vorlage 13/705  
Entlastung der Geschäftsführung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungs-  
gesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, -AAGE- für das Rumpfgeschäftsjahr  
1996 sowie für das Geschäftsjahr 1997

**Herr Hemken** stellt die Überlegungen dar, die im November 1996 zur Gründung der Gesellschaft geführt haben.

**Herr Lindner** erläutert den Geschäftsbericht und geht insbesondere auf die Arbeit der Gesellschaft im Berichtsjahr ein.

Die WIBERA erteilte nach erfolgter Prüfung der Geschäftsjahre 1996 und 1997 einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk, der vom Kommunalprüfungsamt der Bezirksregierung Weser-Ems am 27.10.1998 mit einem Feststellungsvermerk versehen wurde.

Die Gesellschaft ist nach ergänzenden Ausführungen von **Herrn Leeker** im Vergleich mit ähnlichen Gesellschaften anderer Kommunen nur mit geringem Kapital ausgestattet. Geld verdienen könne sie nicht.

Obwohl der Aufwand beträchtlich ist, wurde das Kapital gut angelegt um einen problematischen Personenkreis in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln zu können.

**Herr Haase** führt aus, daß bei der Gründung allen klar war, was erreicht werden sollte und das ein Betriebsverlust eintreten werde. Er richtet an Herrn Fürst die Frage, ob durch die Arbeit der Gesellschaft eine Ersparnis bei den Ausgaben für Sozialhilfe zu beziffern sei.

Konkrete Ersparnisse lassen sich laut **Herrn Fürst** aus dem Haushalt nicht herauslesen. Durch die Arbeit von Herrn Lindner sind jedoch 297 Zahlfälle weniger entstanden, davon 160 Fälle der Hilfe zur Arbeit. Ziel ist es, die Hilfebedürftigen, die langjährig arbeitslos sind, wieder an die Arbeit heranzuführen, um die Sozialhilfe zu entlasten.

**Herr Dr. Beisser** möchte wissen, wie weit die Bildung des im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Beirates gediehen ist.

In der Gesellschafterversammlung ist man der Meinung, daß der Beirat gebildet werden soll, wenn feststeht, daß die Gesellschaft dauerhaft bestehen bleibt.

**Herr Dr. Beisser** fragt, ob für das Jahr 1998 mit einem besseren Ergebnis gerechnet wird.

**Herr Lindner** bestätigt, daß für 1998 ein besseres Ergebnis erwartet wird.

Beschluß: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der AAGE - der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden,- werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Rumpfgeschäftsjahr 1996 sowie für das Geschäftsjahr 1997 anzunehmen,
2. den Bilanzverlust in Höhe von 171.671,96 DM auszugleichen,
3. der Geschäftsführung für das Rumpfgeschäftsjahr 1996 sowie für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Herr Leeker und Herr Janssen haben weder an der Beratung noch an der Beschlußfassung mitgewirkt.

Punkt 6: Vorlage 13/706  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Schlachthof Emden GmbH für das Geschäftsjahr 1997

**Herr Ellen** erläutert den Geschäftsbericht und stellt insbesondere die Entwicklung seit dem Bau im Jahre 1991 dar. Bis zum 31.12.1996 war der Schlachthof verpachtet. Durch Garantien und Bürgschaften ist die Pachtzahlung bis zum Ablauf des Jahres 1998 gewährleistet. Die nach der Betriebseinstellung durch den letzten Pächter zunächst durch die Schlachthof Emden GmbH weitergeführten Schlachtungen wurden Mitte Juni 1997 eingestellt. Intensive Bemühungen mit dem Ziel neue Pächter zu finden, sind bisher fehlgeschlagen, weil der Bedarf auf dem Fleischmarkt nicht mehr vorhanden ist. Dennoch sind erst gestern mit einem weiteren Interessenten Verhandlungen geführt worden.

Aufgrund der ungewissen Nutzungsmöglichkeiten möchte **Herr Dr.Beisser** wissen, wie hoch seinerzeit die Baukosten waren und wieviel Geld aufgewendet werden muß, um den Schlachthof wieder in Betrieb nehmen zu können.

Die Investitionen wurden nach Auskunft von **Herrn Ellen** mit 9,9 Mio DM veranschlagt. Der Betrieb kann jederzeit, ohne großen Aufwand, wieder aufgenommen werden.

**Herr Hemken** ergänzt, daß nur bei einer veränderten Nutzung weitere Kosten entstehen könnten, über die dann zu verhandeln sein wird.

**Herr Dr. Kleinschmidt** fragt, ob über eine schlachthoffremde Nutzung nachgedacht wird.

**Herr Hemken** möchte dies möglichst vermeiden, weil die jetzige Ausstattung zu wertvoll ist. Gleichwohl habe man sich über eine mit EU-Mitteln geförderte Umnutzung Gedanken gemacht.

Auf die Einlassung von **Herrn Dr. Beisser**, daß seine Fraktion seinerzeit das Risiko für den Bau für zu hoch hielt und deshalb dagegen war, erklärt **Herr Leeker**, daß man damals eine wohlbedachte aber schwierige Entscheidung, im Bewußtsein des Risikos, zugunsten der Arbeitsplätze für die Mitarbeiter, getroffen habe.

Bis 1998 ist es gut gelaufen und er hofft auf eine Entwicklung mit geringem Risiko.

Seinerzeit drohte dem alten Schlachthof mitten in der Stadt das Schicksal einer Industriebranche. Die EU hätte einen Betrieb unter den gegebenen Umständen nicht mehr geduldet. Deshalb wurde neu gebaut. Durch die Öffnung des Ostens und die subventionierten Errichtungen neuer Schlachthöfe in den neuen Bundesländern kam es zu der bekannten Entwicklung in Emden.

Beschluß: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Geschäftsjahr 1997 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Oberbürgermeister Brinkmann und Herr Pauels haben weder an der Beratung noch an der Beschlußfassung mitgewirkt.

#### Punkt 7: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage 13/700

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des vom Verein für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e.V. (RKsH) vorzulegenden Abschlusses über die Durchführung des Rettungsdienstes in Emden

**Herr Mansholt** gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung des Rettungsdienstes in Emden, die zum Vertrag über die Beauftragung des RKsH geführt hat und erläutert den Prüfungsbericht.

Im Bezug auf eine Prüfungsfeststellung schlägt **Herr Haase** vor, daß Berichtswesen für den RKsH zu vereinfachen.

**Herr Rodiek** begrüßt dies, gibt aber zu bedenken, daß der Punkt Bestandteil des Vertrages ist.

**Oberbürgermeister Brinkmann** sagt eine Überprüfung unter Einbeziehung der Kostenträger zu.

**Herr Janssen** möchte wissen, ob das im Bericht erwähnte Zertifikat für die Software inzwischen vorliegt und fragt nach dem Grund für die geschilderten Abweichungen.

Die dargestellten Abweichungen sollten nach Aussage von **Herrn Mansholt** nicht überbewertet werden. Es handelt sich um Beträge, die sowohl zu Gunsten der Stadt als auch zu Gunsten des RKsH verbucht wurden. Der RKsH hat bereits Maßnahmen in die Wege geleitet, um solche Differenzen künftig zu vermeiden.

**Herr Rodiek** gibt an, daß es sich bei dem Hersteller der angewendeten Software um den Marktführer für entsprechende Programme handelt. Ein Zertifikat für das Programm liegt vor und wird dem RKsH zur Verfügung gestellt.

**Herr Rodiek** erwähnt noch die sehr harmonische Zusammenarbeit der beiden Rettungsdienste in Emden und hofft auf eine entsprechende Fortsetzung in der Zukunft.

Der Ausschuß nimmt Kenntnis.

Punkt 8:      Anfragen

Keine.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.40 Uhr.